

BR/GT I/24 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die Herren Mitglieder der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage die Vorschläge der niederländischen Delegation zu den Artikeln 15 und 16, zu Kapitel V sowie zu Artikel 78 des Vorentwurfs eines Uebereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren entsprechend den in den Sitzungen der Arbeitsgruppe I vom 8. bis 11. Juli und vom 14. bis 17. Oktober 1969 getroffenen Vereinbarungen.

VORSCHLÄGE DER NIEDERLÄNDISCHEN DELEGATION

AN DIE ARBEITSGRUPPE

Artikel 15

- (1) Das Recht auf das europäische Patent steht dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zu. Ist der Erfinder in einem Unternehmen, einer Einrichtung oder einer Behörde beschäftigt und gewährt das nationale Recht, welches für den Arbeitsvertrag massgebend ist, das Recht auf das Patent dem Arbeitgeber des Erfinders, so steht das Recht auf das europäische Patent dem Arbeitgeber zu. Haben mehrere eine Erfindung unabhängig voneinander gemacht, so steht das Recht auf das europäische Patent demjenigen zu, der zuerst eine Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt eingereicht hat.
- (2) Im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt gilt der Patentanmelder als berechtigt, das in Absatz 1 vorgesehene Recht geltend zu machen.

Kommentar

Die Arbeitsgruppe hat in ihrer Sitzung vom 8. bis 11. Juli 1969 beschlossen, dass die Frage, wem das europäische Patent zusteht, auf der Grundlage bestimmter Rechtsvorschriften durch das auf die Erfindung anwendbare nationale Recht zu regeln ist. Das nationale Recht ist somit nicht nur für das Verhältnis zwischen dem Arbeit-

geber und dem Arbeitnehmer, sondern auch für die übrigen Bestandteile massgebend, die im alten Artikel 15 enthalten waren.

Zu der gewählten Lösung sind zwei Bemerkungen zu machen. Erstens ist es äusserst schwierig zu bestimmen, welches Recht auf die Erfindung anzuwenden ist. Eine Erfindung ist nämlich nicht an einem bestimmten Ort gebunden. Sie wird insbesondere durch die Einreichung einer Patentanmeldung offenkündig. Handelt es sich um eine europäische Patentanmeldung so gibt es kein anwendbares nationales Recht. Zweitens werden auch dann, wenn sich eine befriedigendere Lösung zur Bestimmung des anzuwendenden nationalen Rechts finden liesse, sich alle Länder einem ausländischen Recht unterwerfen, und zwar entweder dem eines Vertragsstaats oder dem eines Nichtvertragsstaats. Es stellt sich deshalb die Frage, warum dann nicht die ursprüngliche Lösung gewählt werden sollte, nämlich das Recht auf das Patent soweit wie möglich durch das Uebereinkommen selbst zu bestimmen.

Die niederländische Delegation, die von der Gruppe beauftragt worden war, die Frage zu prüfen und Vorschläge zu machen, hat deshalb den Vorschlag des Vorsitzenden und den Entwurf von 1965 im grossen und ganzen wieder aufgegriffen: der Artikel 15 enthält hiernach zwei einheitliche Regeln (das Recht auf das Patent steht dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zu: bei mehreren Erfindern steht das Recht dem ersten Anmelder zu) und eine Bezugnahme auf das nationale Recht (Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Der letzte Punkt stellt eine Präzisierung gegenüber dem Vorschlag des Vorsitzenden und dem Text von 1965.

dar; die beiden anderen Bestandteile bleiben unverändert. Die Bezugnahme auf das nationale Recht ist im neuen Vorschlag präziser. Es handelt sich um das auf den Arbeitsvertrag anwendbare Recht. In den meisten Fällen, in denen die Vertragsparteien dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen und die Arbeit in ihrem eigenen Land durchgeführt wird, ergeben sich dabei für das Gericht keine Schwierigkeiten. In den übrigen Fällen hat das Gericht nach den Vorschriften des internationalen Privatrechts zu entscheiden: es können Schwierigkeiten auftreten, jedoch sind sie nicht unüberwindlich.

Artikel 16

(1) - gestrichen -

(2) - gestrichen -

(3) Ist durch eine rechtskräftige Entscheidung festgestellt worden, dass das Recht auf das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 bezeichneten Person zusteht, die nicht der Anmelder ist, so kann diese Person, sofern das europäische Patent noch nicht erteilt worden ist, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung eine neue Patentanmeldung für dieselbe Erfindung einreichen. Die neue Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt der früheren Anmeldung eingereicht und genießt gegebenenfalls deren Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der neuen Anmeldung nicht über das hinausgeht, was in der früheren Anmeldung beschrieben worden ist. Die frühere europäische Patentanmeldung gilt als zurückgenommen, wenn die neue Anmeldung eingereicht worden ist.

(4) - gestrichen -

Kommentar

Artikel 16 Absatz 3 des neuen Vorschlags sieht vor, dass nur solche Entscheidungen das Recht begründen können, eine neue Anmeldung einzureichen, in denen das Recht auf das europäische Patent einer nach Artikel 15 Absatz 1 berechtigten Person zuerkannt wird, die nicht der Anmelder ist. Die niederländische Delegation war dabei bestrebt, ein Höchstmass an Einheitlichkeit zu schaffen, wodurch ein Höchstmass an Rechtssicherheit erreicht werden kann. In diesem Sinne wurde auch der Artikel 16 Absatz 4 im Vorschlag gestrichen. Der Redaktionsausschuss hatte Absatz 4 hinzugefügt, um zum Ausdruck zu bringen, dass das nationale Recht nach Erteilung des Patents weiterhin Anwendung findet. Würde eine solche Regelung beibehalten, so könnten hinsichtlich des europäischen Patents, das nach seiner Erteilung in den einzelnen Ländern der gleichen Regelung wie die nationalen Patente unterliegt, Streitigkeiten darüber entstehen, wem das Recht auf das Patent aufgrund der nationalen Rechtsvorschriften zusteht. Die niederländische Delegation hat hinsichtlich einer solchen Lage starke Bedenken. Sie möchte vollständigkeitshalber darauf hinweisen, dass in Artikel 16 Absatz 3 die Länder, in denen eine einschlägige Entscheidung ergehen kann, nicht begrenzt werden. Somit könnte auch eine in einem sehr unterentwickelten Land ergangene Entscheidung die in Absatz 3 genannte Konsequenz haben. Diese Lage dürfte wohl rein theoretisch sein; es erscheint jedenfalls nahezu unmöglich, hierfür eine befriedigende Lösung zu finden.

(Kapitel V)

Artikel 24 a

- (1) Die europäische Patentanmeldung kann für alle benannten Staaten oder für einen oder mehrere dieser Staaten über-

BR/GT I/24 d/69 (Anlage) zat/QU/bm

.../...

tragen werden oder Gegenstand besonderer Rechte sein.

- (2) Die Uebertragung für einen Teil der benannten Staaten hat nicht die Teilung der Anmeldung im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt zur Folge. In diesem Verfahren gelten der Anmelder und derjenige, dem die Anmeldung für einen Teil der benannten Staaten übertragen worden ist, als berechtigt, das in Artikel 15 Absatz 1 vorgesehene Recht gemeinsam geltend zu machen.

Artikel 26

Der Vorschlag des Vorsitzenden wird übernommen, jedoch werden in Absatz 3 erster Satz nach den Worten "weitere Pfandrechte" folgende Worte eingefügt: "für dasselbe benannte Land". Derselbe Zusatz im zweiten Satz nach den Worten "eines Pfandrechts".

Artikel 27

(Der Vorschlag des Vorsitzenden wird übernommen)

Artikel 28

Der Vorschlag des Vorsitzenden wird übernommen, jedoch werden in Absatz 6 nach den Worten "an der Patentanmeldung" die Worte "für dasselbe benannte Land" eingefügt.

Kommentar

Die Arbeitsgruppe hat festgestellt, dass es zweckmässig ist, die Möglichkeit einer Uebertragung der Patent-

BR/GT I/24 d/69 (Anlage) zat/QU/bm

.../...

anmeldung lediglich für einen Teil der benannten Staaten vorzusehen. Die Gruppe hat in ihren Ueberlegungen berücksichtigt, dass der Erfinder nach Artikel 11 Absatz 3 vor der Einreichung seiner Anmeldung seine Rechte für einige Staaten einem Dritten übertragen kann, der dann eine entsprechende Anmeldung für diese Staaten einreichen kann.

Die niederländische Delegation ist mit der Ausarbeitung eines Textes beauftragt worden, wonach eine europäische Patentanmeldung teilweise übertragen werden kann, jedoch zugleich aus naheliegenden Gründen die Einheitlichkeit der Anmeldung vor dem Europäischen Patentamt gewahrt wird. Der Textvorschlag für Artikel 24 a ist weiter oben wiedergegeben.

Ist die Einheitlichkeit der europäischen Patentanmeldung gewahrt, erhebt sich die Frage der Berechtigung des Anmelders vor dem Patentamt. Hier sind zwei Lösungen denkbar. Die eine belässt die Rechte dem ursprünglichen Anmelder, was den Vorteil der Einfachheit bietet, jedoch den Nachteil hat, dass die Rechte des Zessionars unberücksichtigt bleiben. Nach der zweiten Lösung gelten der ursprüngliche Anmelder und der Zessionar für die Zwecke des Verfahrens vor dem Europäischen Patentamt als gleichberechtigte Rechtsinhaber. Ihre Stellung in diesem Verfahren würde sich dann auf ihre eigene Gefahr nach den Regeln bestimmen, die für den Fall mehrerer Anmelder gelten. Die niederländische Delegation befürwortet diese Lösung, die ihres Erachtens gerechter und gleichzeitig nicht allzu kompliziert ist.

Die Artikel 24 bis 30 werden von der für Artikel 24 a vorgeschlagenen Aenderung im Grunde nicht berührt, wenn man von einigen geringfügigen, naheliegenden Aenderungen absieht, die weiter oben wiedergegeben sind.

Aufgrund der Aenderung des Artikels 24 a müsste in dem Artikel betreffend die Erteilung des europäischen Patents noch vorgeschrieben werden, dass das Patent bei teilweiser Uebertragung für die in Frage stehenden benannten Länder jeweils verschiedenen Personen erteilt wird. Die niederländische Delegation hat davon abgesehen, für den betreffenden Artikel, der von der Gruppe noch nicht erörtert worden ist, einen Text vorzulegen; falls die Gruppe Artikel 24 a annimmt, könnte der Redaktionsausschuss dies erledigen.

Artikel 78

(Absatz 2 b) Hat der Anmelder bei der Einreichung der europäischen Patentanmeldung angegeben, dass das Internationale Patentinstitut aufgrund einer nationalen Patentanmeldung für dieselbe Erfindung einen Bericht über den Stand der Technik erstellt hat, so wird ihm ein Teil der in der Gebührenordnung vorgesehenen Gebühr, die nach Absatz 1 entrichtet wurde, insoweit zurückerstattet, als der in Absatz 2 genannte Bericht über den Stand der Technik auf der Grundlage von Angaben erstellt worden ist, die im Bericht über den Stand der Technik zur nationalen Anmeldung enthalten sind.

Kommentar

Die niederländische Delegation ist beauftragt worden, einen Textvorschlag für den Fall zu erarbeiten, dass vor Einreichung der europäischen Anmeldung schon ein Bericht über den Stand der Technik des IIB vorlag. Dieser Text findet sich vorstehend.
